

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(27. - öffentliche - Sitzung am 28. Februar 2024)

Tagesordnung:

1. **Gespräche mit den Präsidentinnen und Präsidenten der niedersächsischen Obergerichte**

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Klinische Krebsregister Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3292](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Volksabstimmungsgesetzes sowie des Kammergesetzes für die Heilberufe**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/2959](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/1595](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Versammlungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/3048](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Gewährung von Sonderzahlungen zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3545](#)

Der - mitberatende - Ausschuss berät den Gesetzentwurf. Den Antrag der CDU-Fraktion, die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs bis zur Vorlage der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen zurückzustellen und diese dann in einer in Aussicht genommenen zusätzlichen Sitzung am 6. März 2024 abschließend zu behandeln, lehnt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD ab. Er empfiehlt dem federführenden Ausschuss, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs vorzuschlagen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: 1 Ausschussmitglied der CDU, AfD

Enthaltung: 4 Ausschussmitglieder der CDU

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des COVID-19-Sondervermögensgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3477](#)

Der - mitberatende - Ausschuss votiert gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

8. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:
Abstrakte Normenkontrolle**

der **Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags,**

Dr. Bernd Althusmann, Jan Bauer, Anna Bauseneick u.a.

Verfahrensbevollmächtigte:

Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion Carina Hermann MdL,
Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragsteller -

nach Art. 54 Nr. 3 NV und § 8 Nr. 8 NStGHG zur verfassungsrechtlichen Prüfung des
Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2023 und des Haushaltsbegleitgesetzes

wegen der Verletzung der Rechte der Mitglieder des Landtags gemäß Art. 12 und
Art. 19 Abs. 2 S. 1 NV

- StGH 1/24 -

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und beschließt, die abschließende Beratung
zurückzustellen, um zunächst Gelegenheit zur Auswertung der Unterlagen zu geben.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

9. **Demokratie sichern, Menschenfeindlichkeit bekämpfen und die gesellschaftliche
Vielfalt stärken: Niedersachsen braucht ein Landesdemokratiefördergesetz**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2751](#)

Der Ausschuss beschließt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

10. **Unterrichtungswunsch**

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen, die
Landesregierung um eine Unterrichtung zu der Festnahme des mutmaßlichen
Mitglieds der Rote-Armee-Fraktion (RAF) Daniela Klette zu bitten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -